

Medienmitteilung

Geplante Mehrausgaben von 10 Mrd. sind nicht zu verantworten

Besorgniserregender Finanzplan des Bundes

Der neueste Voranschlag und Finanzplan des Bundes weisen eine nicht zu verantwortende Fortsetzung des überproportionalen Anstiegs von Ausgaben und Einnahmen aus. Während das Wirtschaftswachstum zuversichtlich mit jährlich 3.3% geschätzt wird, plant der Bundesrat bis 2006 ein übermässiges Wachstum von Ausgaben und Fiskaleinnahmen zwischen 4 und 5 % pro Jahr. Dies führt - trotz Schuldenbremse - zu Mehrausgaben von zirka 10 Mrd. Franken bis 2006 und zu etwa vergleichbaren Mehreinnahmen, obwohl das im Parlament beratene Steuerpaket berücksichtigt wurde. Die optimistische Einschätzung der Einnahmenentwicklung sowie die Verzögerung des Steuerpakets erlauben es zudem, den seit langem fälligen Handlungsbedarf bei den Ausgaben weiter hinauszuzögern. Ein weiterer Anstieg von Staats- und Fiskalquote ist also vorprogrammiert. Dies steht in klarem Widerspruch zu den Zielen des Finanzleitbildes des Bundesrates.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Will die Schweiz eine Trendwende in der Finanzpolitik herbeiführen, sind eine gründliche Überprüfung der Aufgaben, eine klare Prioritätensetzung sowie Ausgabenziele als Ergänzung zur Schuldenbremse unausweichlich. Die vom Bundesrat geplante Standortbestimmung ist zu begrüßen und die von ihm erwogenen Sanierungsbemühungen sind in jedem Fall durchzuführen. Das Ausgabenkonzept von economiesuisse bildet eine umfassende Grundlage für eine Trendwende bei den Ausgaben. Die Wirtschaft ist weiterhin bereit, für dieses Ziel ihren Beitrag zu leisten.

Zürich, 22. August 2002

Rückfragen:

Pascal Gentinetta, economiesuisse, 01 421 35 35